

Sachsen glaubt an schmerzlose Heeresreform

Mit dem Umbau der Bundeswehr ist das Tauziehen um Standorte eröffnet. Der Freistaat rechnet damit, dass er von Schließungen verschont bleibt.

VON UWE KUHR UND HUBERT KEMPER

DRESDEN – Sachsen geht davon aus, dass die Strukturreform bei der Bundeswehr für den Freistaat glimpflich ausgeht. Aktuelle Signale aus den Planungsstäben in Bonn und Berlin hat gestern das sächsische Kabinett positiv aufgenommen. Innenminister Markus Ulbig (CDU) bestätigte, dass es ein erstes Positionspapier gebe. „Ich gehe davon aus, dass der Freistaat von Standortschließungen verschont bleibt“, sagte der Minister. Vor sieben Jahren war bei der letzten Heeresreform die damalige Zahl von 9200 Soldaten und anderen Beschäftigten in Sachsen fast halbiert wor-

Der Freistaat hat bereits Standorte verloren

Bei der Bundeswehr-Reform von 2004 unter Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) wurden acht von von 18 Standorten geschlossen. Erhalten geblieben sind: Delitzsch, Dresden, Frankenberg, Königsbrück, Königstein, Leipzig, Marienberg, Mockrehna, Weißkeißel und Zeithain. Zudem mussten die Standorte Leipzig und Zeithain starke Stellenstreichungen verkraften. Geschlossen wurden die Standorte in Bautzen, Chemnitz, Görlitz, Plauen, Porsdorf, Schneeberg, Torgau und Werdau.

Auf Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion debattiert morgen der Landtag über den unbedingten Erhalt der jetzigen Bundeswehrstandorte in Sachsen. Die Landesregierung soll beim Bund mit Nachdruck dafür eintreten, damit „bei der anstehenden Strukturreform der Bundeswehr die in Sachsen schon stattgefundenen Reduzierung der Standorte mit berücksichtigt“ wird. (uk)

den. Neue Standortschließungen dürften, so Ulbig, nicht zulasten des Freistaats gehen. „2004 waren wir unter der rot-grünen Bundesregierung überproportional betroffen.“

Der Freistaat hat nur zehn seiner einst 18 Standorte behalten, von denen mehrere zudem stark verkleinert wurden. „Damit haben wir unseren Beitrag zur Umstrukturierung bereits geleistet“, erklärte Günther Schneider, Bundeswehrbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion. Inzwischen ist Sachsens Bedeutung für die Vorbereitung und die Ausführung von Friedenseinsätzen in Afghanistan und im Kosovo genauso anerkannt wie unverzichtbar. Nach Ansicht von Veronika Bellmann (CDU), stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, „verdichteten sich die Hinweise“, dass keine Standorte im Freistaat bedroht sind. Die Eppendorferin (Mittelsachsen) meint: „Es sieht gut aus für Sachsen.“ Derzeit sollen bundesweit mindestens 40 der 400 Bundeswehrstandorte schließen.

Aus der FDP-Bundestagsfraktion kommen indes leisere Töne. Für die neue Struktur, die erst im Juni 2011 vorliegen soll, müssten zunächst noch Fragen der Bundeswehr-Finanzierung geklärt werden. Erst dann wäre mit belastbaren Details zum Umbau der Streitkräfte zu rechnen.

„Wir sind guter Dinge, dass die Garnisonen Frankenberg und Marienberg erhalten bleiben“, erklärte Oberst Gerd Kropf. Die hervorragende Infrastruktur, das gute Verhältnis zur Bevölkerung und die Tatsache, dass Sachsen auch nach Aussetzung der Wehrpflicht ausreichend Personal für die Bundeswehr stellen kann, sprechen nach Einschätzung des Kommandeurs der Panzergrenadierbrigade 37 „Freistaat Sachsen“ mit Sitz in Frankenberg für den Fortbestand der Standorte. Zudem trage die Brigade von August 2012 bis Januar 2013 mit rund 800 Soldaten die Hauptlast des Afghanistan-Einsatzes. Die rund 6500 Mann starke Brigade zählt in Frankenberg 1000 und in Marienberg 800 Soldaten. Allein in den Kasernen-Komplex in Frankenberg hat die Bundeswehr in den vergangenen 20 Jahren 70 Millionen Euro investiert.